

# SOLIDARISCH AUS DER KRISE



Redebeitrag von Hamburg traut sich was für die Demonstration  
„Solidarisch aus der Krise“, vom 29.10.2022

Liebe Leute, Protestierende, Passant:innen,

nicht erst diese umfassende Energie-, Wirtschafts-, Kriegs- und Klimakrise macht uns klar: Es muss sich etwas Grundsätzliches ändern in unserem Wirtschaftssystem und in der Sozialpolitik. Einmalzahlungen zur Abfederung von akuten Belastungen nach dem Gießkannenprinzip, die zudem noch die Ärmsten benachteiligen, werden das Problem sozialer Ungleichheit nicht lösen. Die Spaltung unserer Gesellschaft zwischen und ausbeuterischem Reichtum einerseits und der Verarmung immer breiterer Teile der Bevölkerung andererseits nimmt weiter zu. Auch in Deutschland können sich immer mehr Menschen das Leben nicht mehr leisten. Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen.

Zum neoliberalen Umbau von Wirtschaft und Sozialpolitik gehörte die Agenda 2010, die bis 2005 unter der rot-grünen Regierung auf den Weg gebracht wurde und die sich am Modell des aktivierenden Sozialstaats orientierte. Das System Hartz IV arbeitet seither mit Demütigungen, Schikanen und mit sanktionsbewehrtem Druck auf Erwerbslose, schlecht bezahlte, prekäre und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse anzunehmen. Durch die sog. Flexibilisierung des Arbeitsmarkts wurde in Deutschland ein breiter Niedriglohnsektor geschaffen, der selbst Vollzeitarbeitende dazu zwingt, mit Sozialleistungen aufzustocken, weil die Löhne alles andere als auskömmlich sind.

Die Regelsätze der Grundsicherungen liegen weit unter einem soziokulturellen Existenminimum, das Sozialleistungsbezieher:innen und ihren Kindern mehr Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen und Möglichkeiten bieten würde. Wer Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung bezieht, muss die Kosten für Anschaffungen von bspw. digitalen Geräten wie Laptops oder von Brillen sowie die Stromkosten aus dem Regelsatz bestreiten, was kaum möglich ist. Kein Kinobesuch, keine Reise, keine neuen Möbel, keine Extras. Durch die von den

Jobcentern verhängten Sanktionen werden die geringen Existenzmittel auch noch gekürzt. Statt effektiv zu fördern, fordern die verhassten Jobcenter Anpassung und Unterwerfung unter die verordneten Ziele des Amts.

Durch das neue Bürgergeld der Ampel wird sich all das bis auf einige systemimmanente kleine Verbesserungen nicht grundlegend verändern. Entgegen der vollmundigen Ankündigung seitens der SPD und der Grünen, Hartz IV zu überwinden, bleiben der repressive Geist und die Instrumente des Gesetzes doch die alten. Die Sanktionen werden nicht abgeschafft. Auf den Zwang als Mittel gegen Erwerbslose will man nicht verzichten.

Trotz Energiekrise und einer 10%igen Inflation in Deutschland hat die Ampel eine Erhöhung des Regelsatzes für nächstes Jahr um lächerliche 50 Euro beschlossen, nur 50 Euro mehr ausgerechnet für die Ärmsten der Gesellschaft, während auch Gutverdienende finanziell entlastet werden und Reiche mit ihrem Vermögen unangetastet bleiben. Dies ist eine Verhöhnung der Leistungsberechtigten.

Das Recht auf ein soziokulturelles Existenzminimum, das heißt ein gutes Leben für alle, wird politisch weiterhin ignoriert und verweigert, von einer Koalition, die sich angeblich den sozialen Respekt auf die Fahnen geschrieben hat.

Wir fordern daher die Anhebung der Regelsätze im SGB II und XII auf mindestens 700,- Euro, die Abschaffung von Sanktionen in der Grundsicherung und auch des Asylbewerberleistungsgesetzes als rassistisches Sondergesetz zur Schlechterstellung von Geflüchteten. Und der ÖPNV muss mindestens für Sozialleistungsbezieher:innen umsonst sein!

Wir brauchen eine existenzsichernde Grundsicherung, die uns vor schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen schützt. Gesellschaftliche Teilhabe ist ein soziales Grundrecht.

**Genug zum Leben für alle!**



**Hartz IV**  
heißt jetzt  
**Bürgergeld**